

Hildegard Hamm-Brücher: „Schwarz-Gelb ist am Ende“

1994 war sie die Kandidatin der FDP bei der Bundespräsidentenwahl – sie unterlag Roman Herzog. Ihrer Partei kehrte sie 2002 den Rücken. Doch nicht erst seit ihrem Austritt ist Hildegard Hamm-Brücher (89) eine streitbare Liberale und Demokratin. Im Gespräch mit unserem Redakteur Hans-Ulrich Brandt äußert sie sich zur anstehenden Wahl des Bundespräsidenten, zur Lage der Koalition in Berlin und zum Zustand der FDP.

Frage: Zwei Männer und eine Frau kandidieren am 30. Juni für das Bundespräsidentenamt – die Situation dürfte Ihnen bekannt vorkommen...

Hildegard Hamm-Brücher: Das ist wahr, nur musste ich neun Monate kandidieren, die Kandidaten jetzt nur vier Wochen.

Wie haben Sie sich 1994 gefühlt – mit Ihnen kandidierten Roman Herzog, der dann gewählt wurde und Johannes Rau – als Zahlkandidatin?

Mit war bewusst, dass ich überhaupt keine Chance habe – aber ich habe sie genutzt. Ich wollte der Öffentlichkeit zeigen: Es kann auch eine Frau Bundespräsidentin werden. Und der Zuspruch war groß, die Kandidatur somit ein Erfolg.

Im dritten Wahlgang zog die FDP Sie zurück – Sie waren erobert und enttäuscht. Kamen Sie sich ausgenutzt vor?

Ja. Der damalige FDP-Vorsitzende Klaus Kinkel war ein Soldner Helmut Kohls. Und schon nach dem ersten Wahlgang ging vom Bundeskanzler die Order an ihn, mich zurückzuziehen. Ich habe mich geweigert und auch die FDP-Fraktion stand hinter mir. Auch im zweiten Wahlgang bekam ich dann ein gutes Ergebnis und Kohl ist ausgeflippt. Aber auch da habe ich gesagt: Ich kandidiere, wenn es die Fraktion will. Darau wurde dann bekanntlich nichts.

Warum haben Sie überhaupt zugestimmt, als Zahlkandidatin ins Rennen zu gehen? Es war mir einfach wichtig. Die Demokratie sollte kapieren, dass wir Frauen uns in der Politik nicht nur als liebe Mütterchen betätigen wollen.

Schonmal traten Frauen bisher bei der Bundespräsidentenwahl an – immer chancen-

los, immer nur Allibi-Kandidatinnen. Auch diesmal wieder. Sind Sie enttäuscht?

Ich habe letzte Woche gesagt: „Nummer zehn sollte eine Frau sein“, aber wohl wissend, dass die Männer zwei Frauen an der Spitze des Staates nicht wollen. Genau das von der Leyen nicht nominiert wurde. Zwei protestantische Frauen in diesen Positionen sind für die Mehrheit noch immer unerträglich. Das war mir schon klar. Enttäuscht hat mich vielmehr, dass bei der Kandidatensuche noch nicht einmal der Versuch unternommen wurde, mit der SPD zu reden. Das wäre nach dem Fall Horst Köhler der richtige Weg gewesen.

Um das Amt des Bundespräsidenten wurde schon immer politisch geschachert. Hat es darunter gelitten?

Ja, deshalb bin ich auch seit meiner Kandidatur eine Anhängerin der Volkswahl des Bundespräsidenten. Da wird zwar auch ein bisschen geschachert, aber am Schluss entscheidet die Gesellschaft.

Sechzig Prozent der Bevölkerung, so Umfragen, hätten gerne die Direktwahl.

Es wäre auch das richtige, und alle Demokratien in Europa machen das auch so.

Eine parlamentarische Mehrheit aber gibt es dafür nicht...

...ich weiß es nicht, wir sind doch reif genug dafür. Und dann sollten wir den Bundespräsidenten für eine einmalige Amtszeit von sechs oder sieben Jahren wählen. Damit würde seine Unabhängigkeit gestärkt werden, weil er nicht um seine Wiederwahl fürchten müsste.

Die Rede ist jetzt von einem Kuhhandel in der Koalition bei der Kandidatensuche nach dem Motto: Gibst Du mir den Präsidenten, erspare ich Dir Steuererhöhungen. Halten Sie das für vorstellbar?

Ich halte alles mittlerweile für vorstellbar. Wenn ich erlebe, wie einige in der FDP drohen: Wehe, wenn Ihr uns noch mehr ärgert, dann wählen wir Euren Wulf nicht. Das ist einfach unglaublich! Aber es ist die Art der Mentalität, wie heute mit Grundgesetz und Ämtern umgegangen wird.

Christian Wulf ist der gemeinsame Kandidat von Union und FDP. Ihr Kommentar?

Er ist sicher unter den führenden Parteipolitikern ein respektable Kandidat, aber er passt nicht in die Landschaft. Wir brauchen einen Präsidenten, der das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit mitbringt, dass er die wenigen Möglichkeiten, die ein Präsident nach der Verfassung hat, wirklich schöpferisch ausnützt.

Bevor Wulf Bundespräsident werden kann, muss er sein Ministerpräsidentenamt niederlegen. Er will aber erst zurücktreten, wenn er durch die Bundesversammlung gewählt worden ist. Deutlicher kann Postengeschacher in der Politik doch nicht demonstriert werden, oder?

Ja, natürlich. Die heutigen Berufspolitiker scheuen das Risiko.

Sollte er nicht gewählt werden, will er Ministerpräsident bleiben. Kann er das? Ausgeschlossen.

Selten hat ein Gegenkandidat soviel Lob erhalten wie jetzt Joachim Gauck. Mehrheitlich heißt es, er sei der bessere Bundespräsident. Finden Sie das auch?

Das weiß heute niemand, aber er ist auf alle Fälle der bessere Kandidat. Ich kenne ihn seit 1986/87, also noch zu DDR-Zeiten. Damals war er Pfarrer in Rostock und ich habe ihn dort als Seelsorger erlebt. Er hat einen

Kirchentag im Angesicht der Stasi gemacht. Das war so tapfer und eindrucksvoll und ist bei mir haften geblieben. Er hat seine Gemeinde nicht im Stich gelassen.

Sie haben über Gauck gesagt, in unserer verunsicherten Demokratie könnte er ein Zeichen der Hoffnung geben. Woran machen Sie diese Verunsicherung fest?

Aus Umfragen und dem, was ich in dieser Gesellschaft erlebe. Ich registriere doch, wie despektierlich die Menschen mittlerweile über die politische Entwicklung reden. Mit Gauck würde die Hoffnung transportiert: Wir wagen jetzt mal einen neuen Anlauf und versuchen, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen. Genau das verkörpert Joachim Gauck und nicht Christian Wulf.

Ein Wort zu Horst Köhler: Er sei einer der wenigen Spitzenpräsidenten, die Deutschland gehabt habe, so Ihr Urteil. Warum?

Er ist eine tragische Figur. Von der Qualifikation und vom Sachverstand her hat er eine wichtige Rolle in seiner ersten Amtszeit gespielt. Und es stimmt einfach nicht, dass er sich nicht mehr geäußert hat. In den letzten Monaten aber ist er so gemobbt worden, dass ich ihm seinen Entschluss nachempfunden habe. Irgendwann bringt ein Tropfen das Fass zum überlaufen. So war es auch 2002 bei mir, als ich aus der FDP ausgetreten bin.

Zum Schluss ein Abstecher zur schwarz-gelben Koalition. Ihre Bilanz ist miserabel. Einer Opposition bedarf es nicht – CDU/CSU und FDP sind sich selbst Konfliktpartner genug. Was sagen Sie an geblichen Wunschkoalition?

Die Koalition ist am Ende. Sie kann zwar weiterwurschteln, aber kaum noch wieder auflösen, was sie an Fehlentscheidungen zu verantworten hat. Und wenn jetzt auch noch Wulf nicht gewählt werden würde, oder erst im dritten Wahlgang, dann wäre das eine Riesensblamage.

Die FDP droht ja auch ganz offen damit, Wulf nur dann zu unterstützen, wenn es keine Steuererhöhungen gibt...

...Ja, dieses Geschacher ist ungeheuer!

Folgen Sie Ihrer ehemaligen Partei in der Steuerpolitik noch?

Nein, ich habe es nie verstanden, dass dieses Versprechen von Steuerenkungen im Wahlkampf wie eine Fahne vorangetragen wurde. Ich habe immer gesagt: Das nimmt Euch niemand ab. Und jetzt zeigt es sich – die Zustimmung für die FDP geht immer mehr zurück.

Haben Sie sich über das gute FDP-Ergebnis bei der Bundestagswahl noch gefreut?

Ich bin eine freischaffende Liberale, und die freut sich, wenn eine liberale Partei erfolgreich ist. Aber die FDP verkörpert nicht mehr den politischen Liberalismus, für den ich angetreten bin. Sie ist eine Lobby- und Eintheimpartei, die leider ihr wertvolles Erbe beinahe in den Wind gestreut hat.

Sie werden nächstes Jahr 90 Jahre alt. Haben Sie es je bereut, den Weg in die Politik eingeschlagen zu haben?

Nein, im Gegenteil. Ich bin ein geschocktes Kind des Dritten Reiches. Freunde von mir haben ihr Leben geopfert – als Studenten im Widerstand, zum Beispiel in der Weißen Rose. Meine Großmutter hat sich das Leben genommen, als sie nach Theresienstadt deportiert wurde. Und ich habe mir fest vorgenommen, falls ich überlebe, dann lebe ich dafür, wofür andere ihr Leben lassen mussten. Deshalb habe ich meinen Entschluss nie eine Stunde bereut.



Hildegard Hamm-Brücher – hier beim Interview – wurde 1921 in Essen geboren. Ihre politische Karriere endete im September 2002, als sie nach 54 Jahren aus der FDP austrat. Politisch engagiert ist sie bis heute.

FOTO: JOCHEN STOSS